

**Der Grosse Rat Le Grand Conseil
des Kantons Bern du canton de Berne**

Mittwoch (Nachmittag), 20. März 2013

Polizei- und Militärdirektion

**36 2012.1534 Gesetz
Einführungsgesetz zum Ausländer- und zum Asylgesetz (EG AuG und AsylG) (Änderung)**

Beilage Nr. 07

1.Lesung

Eintretensdebatte

Fortsetzung

Präsidentin. Herr Regierungsrat, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, ich begrüsse Sie zur Nachmittagssitzung. Die Kommissionspräsidentin hat sich zum vorliegenden Geschäft bereits geäussert. Wir kommen zum Eintreten. Ist Eintreten auf dieses Gesetz bestritten? – Es ist nicht bestritten; somit sind Sie stillschweigend darauf eingetreten.

Es liegen keine Anträge vor zum Gesetz. Gibt es Wortmeldungen zu dessen Inhalt? – Das ist der Fall. Sie können später abgegeben werden. Es wurde beantragt, nur eine Lesung des Gesetzes durchzuführen. Wir befinden darüber. Ist dies bestritten? – Auch das ist nicht bestritten; somit sind Sie stillschweigend mit nur einer Lesung einverstanden.

Präsidentin. Es liegen keine Anträge vor, doch wünscht sich Herr Fuchs zum Gesetz zu äussern.

Thomas Fuchs, Bern (SVP). Dieses Einführungsgesetz zum Ausländer- und Asylgesetz fiel nicht gerade zur Freude der SVP aus. Wir empfinden die entsprechende Rechtsprechung als zunehmend fragwürdig. Immerhin geht es hier um Ausschaffungshäftlinge, also Leute, die eigentlich unser Land verlassen sollten, es aber nicht tun und sich in diesem Sinn illegal hier aufhalten. Uns stört, wenn sie im Gefängnis ohne jegliche Kontrolle soziale Kontakte unterhalten können. Sie können telefonieren ohne jegliche Überwachung; sie können Briefe schicken und empfangen ohne jegliche Überwachung. Sie können im Gefängnis sogar Besuch empfangen, was fast zu einem Hotelbetrieb führt. Und sie haben die Möglichkeit zu arbeiten und werden dafür entschädigt. Der Kommission wurde sogar einmal beschieden, sie könnten auch das Handy gebrauchen, was für uns ein Grund gewesen wäre, das Ganze zu bekämpfen. Unterdessen stellte sich heraus, dass Handys nicht zugelassen werden. Zumindest möchten wir hier nochmals festhalten, dass wir davon ausgehen, dies werde auch weiterhin so sein. Andernfalls wäre die Sicherheit und Ordnung grundsätzlich gefährdet, da die Ausschaffungshäftlinge in den Gefängnissen doch relativ nahe bei den normalen Häftlingen untergebracht sind.

Darum werden sich einige Mitglieder unserer Fraktion bei der Abstimmung über das Gesetz der Stimme enthalten. Wie gesagt, haben wir keine grosse Freude, nehmen aber zur Kenntnis, dass es hier vor allem um eine Anpassung an die Rechtsprechung auch des Bundesgerichts geht. Wir werden dies aufmerksam verfolgen, doch sollten wir irgendwie dafür sorgen, dass es nicht allzu attraktiv wird, möglichst lange in der Schweiz zu bleiben. In diesem Sinn sollten wir es diesen Leuten eigentlich so bereiten, dass sie allenfalls das Land eher verlassen, wie sie es eigentlich müssten.

Präsidentin. Gibt es noch weitere Erklärungen grundsätzlicher Art? – Das ist nicht der Fall, somit treten wir auf die Detailberatung ein.

Detailberatung

I., II., und III.
Angenommen

Titel und Ingress
Angenommen

Kein Rückkommen

Präsidentin. Möchte sich abschliessend noch die Kommissionspräsidentin zu Wort melden?– Das ist der Fall.

Marianne Schenk-Anderegg, Schüpfen (BDP), Präsidentin der Kommission. Ich möchte den Kommissionsmitgliedern danken für die sehr konstruktive Kommissionssitzung und die angeregten Gespräche auf stetig gutem Niveau. Weiter danke ich ganz herzlich der Verwaltung der POM, Herrn Jöhr, der heute nicht anwesend ist, doch denke ich, dass Herr Kuhl den Dank für ihn mitnimmt. Es ist ausserordentlich hilfreich, von der Verwaltung so unterstützt zu werden, wenn man zum ersten Mal ein solches Präsidium versieht. Immer konnte man anrufen, immer fragen, was auch immer es betraf. Ich denke, das muss einmal ausgesprochen sein. Letztlich geht mein Dank auch an Herrn Regierungsrat Käser, der einen ebenfalls sehr konstruktiv unterstützte. Vielen Dank!

Präsidentin. Herr Regierungsrat Käser verzichtet auf ein Votum. Wir kommen zur Schlussabstimmung über das Einführungsgesetz zum Ausländer- und zum Asylgesetz.

Schlussabstimmung

Der Grosse Rat beschliesst:

Annahme

Ja	102
Nein	5
Enthalten	1

Präsidentin. Der Rat hat das Gesetz in erster und einziger Lesung angenommen.